

**SSW-Landesparteitag 2008**

**Thema des Tages "Von Arbeit leben" (TOP 5)**

**Anke Spoorendonk**

**Husum, 20.09.2008**

## **Landesverband**

Schiffbrücke 42  
24939 Flensburg

Tel. (0461) 14408310  
Fax (0461) 14408313  
info@ssw.de

Kære venner, liiwe waane, liebe Freunde!

Im letzten Jahr ist viel über Aufschwung in Deutschland geredet worden. Mittlerweile ist der Aufschwung zwar wieder in einen Abschwung übergegangen. Aber über längere Zeit ging es der Wirtschaft zweifellos besser und die Zahl der Arbeitslosen sank.

Aber ist dieser Aufschwung auch bei den Menschen angekommen? Wie viele von Euch haben privat gemerkt, dass es aufwärts geht? Diejenigen, die arbeitslos waren und Arbeit gefunden haben werden es so empfinden. Für viele dieser Beschäftigten ist dieser Aufschwung aber mit einem bitteren Beigeschmack verbunden, denn der Lohn für diese neuen Jobs ist häufig zum Leben zu wenig, aber zum Sterben zu viel.

Einer Studie der Böckler-Stiftung zufolge ist das Realeinkommen des am wenigsten verdienenden Bevölkerungsviertels seit 1995 um 14 % gefallen. Im gleichen Zeitraum sind die Realeinkommen des am besten verdienenden Bevölkerungsviertels um 3,5 % angestiegen. Eine Ursache dafür ist, dass sich in Deutschland ein Niedriglohnsektor entwickelt hat, der bereits über 20% aller Beschäftigten umfasst. Jeder fünfte Arbeitnehmer im Land verdient also nur einen Niedriglohn! Damit sind – je nachdem wie man rechnet – zwischen 4 und 6 Millionen Menschen davon betroffen. Zwei Millionen Menschen verdienen sogar weniger als 5 Euro die Stunde. 1,3 Millionen Menschen verdienen so wenig, dass sie ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen müssen, um die Existenz für sich und ihre Familie zu sichern. Das ist ein vollkommen unhaltbarer Zustand.

Die Politik kann sich nicht einfach zurücklehnen und sagen, „Hauptsache der Wirtschaft geht es gut und die Menschen haben irgendeine Arbeit“, wenn gleichzeitig Millionen von Menschen nicht mehr von ihren Lohneinkommen leben können, obwohl sie voll erwerbstätig sind. Damit kann man sich nicht einfach abfinden!

Ich finde, es hat sich in einem Teil der Politik ein unglaublicher Zynismus breitgemacht angesichts der ökonomischen Probleme, vor denen Deutschland seit 18 Jahren steht. Anders kann ich mir nicht erklären, dass der CDU-Politiker Friedrich Merz ernsthaft einer Studie beipflichten kann, die zum Schluss kommt, dass der alleinstehende Hartz IV-Empfänger als solcher auch mit 132 Euro im Monat auskommen könnte. Wenn man unter dem „Existenzminimum“ versteht, dass Menschen existieren – also einfach irgendwie körperlich überleben – können, dann mag das richtig sein. Aber zu einem menschenwürdigen Leben gehört nun einmal mehr als Essen, Trinken und eine Heizung. Angesichts solcher theoretischer Spielchen auf Kosten anderer Menschen frage ich mich wirklich, wo die Solidarität in unserer Gesellschaft geblieben ist.

Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen voll erwerbstätig sind und trotzdem nicht von ihrem Lohn leben können. Statt Billig-Jobs abzubauen und die Arbeitslosen zu qualifizieren, unterstützt die heutige Politik lieber Niedriglöhne durch ergänzendes Arbeitslosengeld II. So stehen die CDU und die SPD mit ihrer Politik für das staatlich subventionierte Ende der Solidarität in Deutschland. Gerade den Sozialdemokraten müssten eigentlich die Tränen in die Augen schießen, dass ausgerechnet in der Regierungszeit der SPD die soziale Unsicherheit in Deutschland wächst. Ihre Arbeitsmarktpolitik hat mit dazu geführt, dass immer mehr Arbeitnehmer wie Arbeitslose ein Einkommen haben, von dem sie sich und ihren Familien kaum noch ein menschenwürdiges Leben leisten können. Dies ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratie. Und die jüngsten Personalentscheidungen in der SPD lassen auch wenig Raum für Hoffnung, dass sich dies vorläufig ändern könnte.

In dieser Situation kann es auch niemanden überraschen, dass die Linkspartei stärker und stärker wird. Aber statt sich zu fragen, weshalb so viele Menschen die neue Linke wählen, reagieren die CDU und die SPD aggressiv und stellen ausschließlich die Seriosität dieser Partei und ihres Personals in Frage. Natürlich sind die Lösungen der Linken zu schlicht gestrickt, um den Menschen wirkliche Hilfe anbieten zu können. Die Stimmung, die der gnadenlose Populist

Lafontaine schürt, kommt aber nicht von selbst. Viele Menschen haben das Gefühl, dass die Solidarität in diesem Land flöten gegangen ist. Das müssen alle Parteien ernst nehmen – und danach handeln.

Denn natürlich gibt es andere Wege, auch wenn der Mainstream in der Politik heute so tut, als sei die Linie der Agenda 2010 die einzig richtige. Wir wissen doch schon längst, welche anderen Wege aus dieser Situation herausführen könnten:

Der SSW hat im Landtag einen Vorschlag vorgelegt, wie die Tariftreue in Schleswig-Holstein gesichert werden kann. Unser bisheriges Gesetz ist zwar durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs weitgehend hinfällig geworden. Aber die Landesregierung kann sich für Allgemeinverbindlichkeitserklärungen auf Länderebene einsetzen, um Dumpinglöhne bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern. Damit hilft sie sowohl regionalen Unternehmen als auch deren Arbeitnehmer.

Außerdem brauchen wir dringend den Mindestlohn, von dem die Sozialdemokraten nun schon so lange reden. Der SSW spricht sich für branchenspezifische Mindestlöhne aus. Dabei wäre die beste Lösung eindeutig ein tariflicher Mindestlohn, der von den Tarifpartnern verabredet wird. Allerdings gibt es in Deutschland viele Branchen, wo die Gewerkschaften zu schwach sind, um Mindestlöhne durchzusetzen - ansonsten hätten wir ja nicht einen so großen Niedriglohnsektor. Deshalb wäre ein gesetzlicher Mindestlohn zwar die zweite Wahl, aber immer noch besser als kein Mindestlohn. In über 20 Staaten der EU gibt es bereits in der einen oder anderen Form einen Mindestlohn, ohne dass ihre Wirtschaft dadurch zusammengebrochen wäre. So etwas brauchen wir auch. Dies kann ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn sein, wie in Großbritannien, oder ein von den Gewerkschaften durchgesetzten Mindestlohn, wie in Dänemark. Auf jeden Fall dürfen wir nicht länger hinnehmen, dass Menschen in Deutschland für Stundenlöhne zwischen 3 und 5 Euro arbeiten, denn davon kann kein Mensch leben.

Der SSW fordert auch eine Steuerentlastung für die unteren und mittleren Einkommen. Denn diejenigen, die in Lohn und Brot waren, haben von dem genannten Aufschwung bisher wenig profitiert. Wenn die Bundespolitik jetzt schon wieder über Steuergeschenke diskutiert, weil

eine Bundestagswahl naht, dann sollten diese den Ottonormalbürgern zugute kommen und nicht zu Lasten der öffentlichen Kassen umgesetzt werden.

Und schließlich – aber bestimmt nicht zuletzt – fordert der SSW endlich eine Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen wirklich unbürokratisch, flexibel und individuell hilft. Wie man es machen kann, zeigen unsere skandinavischen Nachbarn schon seit über einem Jahrzehnt. Hier in Deutschland krebst wir aber weiterhin mit einer Bundesagentur für Arbeit herum, die nicht in der Lage ist, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt miteinander zu verzahnen. Die Bundes-Arbeitsverwaltung ist ein bürokratisches Monstrum, das trotz eines moderneren Namens immer noch nicht in der Lage ist, die Menschen wirklich dort abzuholen, wo sie stehen, ihnen ausreichende Qualifikationen zu vermitteln und ihnen so zu einer dauerhaften Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu verhelfen. In Nürnberg kann man noch sehr viel von der passgenauen Ausbildung und Vermittlung lernen, wie sie in Dänemark praktiziert wird. – Nebenbei bemerkt ist es wirklich ein Skandal, dass über die Verwendung der „Überschüsse“ der Bundesagentur diskutiert wird, während Millionen arbeitslos sind. Das zeigt doch ganz deutlich, dass das Geld nicht so ausgegeben wird, dass die Menschen wieder dauerhaft auf den Arbeitsmarkt zurückfinden. –

Gerade die hohe Zahl der geringqualifizierten Beschäftigten im Niedriglohnsektor schreit nach einer besseren Arbeitsmarktpolitik. Denn, wenn es jetzt mit der Konjunktur bergab geht sind sie die ersten, die wieder ohne Perspektive auf der Straße stehen. Mit den verschlechterten Konjunkturaussichten wächst die Kluft zwischen qualifizierten und nicht-qualifizierten Bevölkerungsschichten. Deshalb muss es in der beruflichen Bildung für diese Gruppe maßgeschneiderte Angebote geben, die sie für die Wirtschaft interessant machen.

Das Absurde ist ja, dass wir gleichzeitig vor einem wachsenden Arbeitskräftemangel stehen. Viele Unternehmen werden in den nächsten Jahren händeringend nach qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern suchen. Ihnen ist aber nicht damit geholfen, dass die Arbeitsagentur den Arbeitslosen Weiterbildung und Qualifizierung aus der Schublade anbietet. Es müssen individuelle Lösungen gefunden werden, die sowohl den Bedürfnissen des einzelnen Unternehmens als auch des Arbeitslosen gerecht werden. Voraussetzung dafür ist eine wesentlich bessere Koordinierung der Weiterbildung unter Einbeziehung der Wirtschaft und

der Gewerkschaften. Ich weiß, dass unsere regionale Arbeitsagentur bestrebt ist, näher auf die Bedürfnisse in unserem Landesteil einzugehen. Ich habe aber meine Zweifel, dass die gelingen wird, solange die Bundesagentur in Nürnberg hineinregiert, standardisiert und bürokratisiert.

Dabei stehen wir im Landesteil Schleswig sogar noch besser da als der Rest Norddeutschlands, wenn es um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit geht. Das liegt aber nicht an der Politik der Landesregierung oder an der Arbeit der Regionalagentur für Arbeit, sondern an der dänischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Der massive Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen im nördlichen Landesteil hat mehr mit dem bisherigen Wirtschaftswunder in Dänemark zu tun als mit guter Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Landes- oder Bundesregierung. Wie anders kann man den Anstieg der Grenzpendler nach Dänemark von ca. 3.000 auf jetzt fast 12.000 Menschen erklären? Diesen arbeitsmarktpolitischen Erfolg können sich die Verantwortlichen in Dänemark auf die Fahnen schreiben, aber nicht hier bei uns im Lande.

Natürlich begrüßen wir das Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte in Nord- und Südschleswig. Der SSW wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Zahl der Dänischkurse in Schleswig-Holstein ausgebaut wird, um mehr Menschen eine solche Perspektive zu eröffnen. Aber das entlässt die Politik natürlich nicht aus der Verantwortung, sich für solide und vernünftig bezahlte Arbeitsplätze im Landesteil Schleswig einzusetzen. Die positiv dänische Entwicklung darf kein Ruhekitz werden und kann sich künftig auch wieder ändern. Deshalb sage ich ganz deutlich: Diese Region hat nach wie vor den Anspruch darauf, dass die Landesregierung mit ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dauerhaft für mehr Arbeitsplätze in der Region sorgt.

Das traurige Fazit der Hartz IV-Politik ist: Die aktuelle Politik in Deutschland führt dazu, dass die Menschen gezwungen werden, Jobs anzunehmen, von denen sie nicht leben können. Der Ausweg in eine höher qualifizierte Arbeit wird ihnen aber nicht eröffnet, weil die Bundesagentur für Arbeit allenfalls 08-15- Weiterbildungen anbietet, statt auf die Fähigkeiten und Qualifikationen des Einzelnen zu sehen. Das kann nichts werden. Die vorliegende Resolution des SSW zeigt einige Auswege auf. Wir fordern die Politik im Land und im Bund auf, sich für diese Maßnahmen einzusetzen, ansonsten erleben wir eine bisher ungekannte soziale Spaltung dieser Gesellschaft, die nahezu um jeden Preis vermieden werden muss.